

# Mieter in Aufruhr

Allen Erklärungen zum Trotz haben die Bewohner der Heimag-Siedlung Angst vor einem Abriss. Im BA ist von einer Zermürbungstaktik die Rede. Die Gewofag bekennt sich zum Erhalt der Gebäude

VON STEFAN MÜHLEISEN

**Harlaching** – Die Gemütslage ist angespannt, der Ton wird schärfer: Die Zukunft der Heimag-Siedlung in Harlaching bleibt auch nach einem Beschluss des Stadtrates für Anwohner und Lokalpolitiker ungewiss. Nun dringen Mieter im Schulterchluss mit dem örtlichen Bezirksausschuss 18 mit ungewöhnlich harschen Worten auf klare Aussagen, wie es mit den Häusern an der Ehlersstraße 2 bis 22 und Säbener Straße 179 bis 193 weitergehen soll. „Das, was den betroffenen Mietern seit zwei Jahren zugemutet wird, hat mit sozialer Verantwortung nichts zu tun“, sagte der Sprecher der Mietergemeinschaft, Hermann Gilbhard, in der BA-Sitzung.

Das Gremium fordert nun von der Stadt „unmissverständliche“ Angaben über den Erhalt der Siedlung sowie zu Untersuchungen über die Restnutzungsdauer. Diese „angeblich neuen, tatsächlich offensichtlich nicht durchgeführten Untersuchungen“ hingen wie ein „Damoklesschwert (...) über dem Schicksal jedes einzelnen Bewohners“, heißt es in einem Antrag der CSU, den der BA einstimmig beschloss. In dem Papier ist von einer „Zermürbungstaktik“ die Rede, mit der eine „Entmietung der Siedlung“ erreicht werden könne.

Damit hat nun das gesamte Gremium sein Misstrauen gegenüber der Wohnungsbau-Gesellschaft artikuliert, an der die städtische Tochter Gewofag 70 Prozent Anteil hält. Der Argwohn gegen die Heimag, der

nun seit fast zwei Jahren bei Stadtviertelpolitikern und Mietern anhält, hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Seinen Anfang hatte die Aufregung unter den Bewohnern der Siedlung im Juli 2012 genommen, als im Bezirksausschuss Abrisspläne für das Nachkriegsquartier bekannt wurden. Nach heftigen Protesten zog die Heimag das Projekt zurück und versuchte zu beschwichtigen, indem sie erklärte, es habe sich nur um eine „Ideenskizze“ gehandelt. Allerdings zeigten sich Vertreter der Fraktionen im Planungsausschuss des Stadtrates erzürnt über den Vorgang, von einer „Ungeheuerlichkeit“ war gar die Rede,

## Der Bezirksausschuss fordert von der Stadt, „unmissverständlich“ Stellung zu beziehen

dass die Heimag ihre Mieter über solch gravierende Vorgänge im Unklaren gelassen habe. Das Gremium beschloss den „langfristigen Erhalt“ der Wohngebäude; jedoch solle eine „vertiefende Untersuchung“ an den Häusern im Jahr 2015 das weitere Vorgehen aufzeigen.

Nach Ansicht des Bezirksausschusses ist es aber weiter nicht hinnehmbar, dass den Mietern nicht gesagt wird, was genau „langfristiger Erhalt“ bedeutet. Aufgebrachte Reaktionen unter den Stadtviertelpolitikern löste zudem ein Antwortschreiben des Planungsreferats auf eine BA-Anfrage aus, welches den Zeitrahmen – auf-

grund der Erfahrungen von anderen Nachkriegsbauten in der Stadt – lediglich auf „über dieses Jahrzehnt hinaus“ taxiert und eine Restnutzungsdauer der Gebäude bis zum Jahr 2025 prognostiziert.

Der BA fordert nun eine konkrete zeitliche Vorgabe, „die einen Interpretationsspielraum seitens der Verwaltung“ ausschließt. „Es obliegt dem neu gewählten



Die Gebäude sind in die Jahre gekommen, ausziehen will aber keiner. FOTO: SCHUNK

Oberbürgermeister und dem neu gewählten Stadtrat, diesem unsäglichem Verhalten der Heimag ein für alle Mal Einhalt zu gebieten“, heißt es in der Sitzungsvorlage. Der BA wertet das behördliche Schreiben als „Missachtung des Gremiums“ und schlussfolgert, dass „die Mieterschaft ganz bewusst verunsichert werden“ solle.

Die Heimag weist diese Vorwürfe zurück. Peter Scheifele, Bereichsleiter Konzernkommunikation bei der Gewofag, versichert: „Der Stadtratsbeschluss verpflichtet uns dazu, die Gebäude so lange wie möglich zu sanieren und zu erhalten.“ Die Prognose in dem Schreiben des Planungsreferats ist nach seinen Worten nur ein Erfahrungswert. „Wir wissen durch die Untersuchung der Firma Calcon bisher nur über einzelne Mängel Bescheid, nicht, ob die Gebäude baufällig sind“, sagt Scheifele. Konkrete Aussagen darüber könnten erst nach der tiefergehenden Substanzanalyse gemacht werden, die für kommendes Jahr angesetzt sei. „Langfristig heißt für uns momentan: so lange wie irgend möglich“, betont der Gewofag-Sprecher.

Er äußert in diesem Zusammenhang zudem sein Bedauern darüber, dass der Stadtrat in seinem Beschluss die Zukunft der Siedlung an der Ehlers- und Säbener Straße derart unkonkret formuliert hat. „Doch dafür können wir nichts“, wirbt Scheifele um Verständnis und hebt hervor angesichts der wieder aufgeflammtten Debatte: Abriss und Neubau der Siedlung seien „allerletztes Mittel der Wahl.“